

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Hans-Jochen Vogel, Ber-
lins Regierender Bürger-
meister, zum Streit um die
Schinkel-Figuren für die
Berliner Schloßbrücke: Zur
Einheit bestimmt. Seite 1

Wolfgang Schwenk MdB for-
dert, den Schutz der Pflie-
geeltern zu verbessern:
Die neue Rechtslage nutzen.
Seite 2/3

Axel Wernitz MdB nennt die
Voraussetzungen für den
Dialog mit der jungen Ge-
neration: Konsensfähigkeit
der Parteien.
Seite 4/5

Hermann Glaser, Schul- und
Kulturreferent der Stadt
Nürnberg, fordert die Ver-
antwortlichen für den Nürn-
berger Skandal auf abzu-
treten: Vertrauen zerstört.
Seite 6

Dokumentation

Resolution der Jugendkom-
mission der Wiener SPÖ:
Konkrete Lösung für die
Wünsche der Jugend.
Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 52

17. März 1981

Zur Einheit bestimmt

Schinkel, die Nation und die Landeshaushaltsordnung

Von Dr. Hans-Jochen Vogel
Regierender Bürgermeister von Berlin und SPD-Präsidiumsmit-
glied

Berlins Sozialdemokraten bekennen sich zur Sprach-, Ge-
schichts-, Kultur- und Gefühlsgemeinschaft aller Deutschen.
Und sie bekennen sich zur Gemeinschaft Berlins. Herr von
Weizsäcker hat in Übereinstimmung damit in einer bemerkenswer-
ten Rede vom 17. Juni 1980 im Deutschen Bundestag einmal ge-
sagt, wir hätten unsererseits keinen Grund, mit Überheblich-
keit festzustellen, daß andere gemeinsame Personen aus der
gemeinsamen Geschichte unter ihrem Aspekt in Anspruch nehmen.
Und die innerdeutschen Beziehungen seien keineswegs immer
nur ein einseitiges Lerngeschäft von West nach Ost, auch wir
hätten unseren Teil zu lernen. Der Mann hat recht. Und ich
sehe keinen Anlaß, das etwa deshalb zu bestreiten, weil wir
jetzt im Wahlkampf stehen.

Aber es ist zunächst zu fragen, wie es da mit der Einheit
von Reden und Handeln steht. Anlässlich des 200. Geburtstages
Karl Friedrich Schinkels hat der Senat von Berlin mit dem
Gedanken der Geschichtsgemeinschaft ernst gemacht. Er hat
nämlich in Erinnerung an die gemeinsame Geschichte Berlins den
größten Baumeister dieser Stadt am Vorabend des Geburtstages
dadurch geehrt, daß er die Wiederherstellung der im Ostteil
der Stadt gelegenen Schloßbrücke, eines der großen Bauwerke
Schinkels, in ihrer vom Genius Schinkels entworfenen Erschei-
nungsform möglich gemacht hat. Möglich gemacht dadurch, daß
acht Brückenfiguren, die seit Kriegsende im Westteil der Stadt
in einem Steinlager aufbewahrt worden sind, zur Verfügung ge-
stellt werden.

Brücke und Figuren können so wieder zu der Einheit zusam-
gefügt werden, als die sie Schinkel konzipiert hat und als die
sie Generationen von Berliner vertraut war. Das ist ein Akt
lebendiger Geschichtsgemeinschaft.

Der Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU sprach bei der De-
batte über diese Entscheidung des Senats von einem Verstoß ge-
gen die Landeshaushaltsordnung, weil es angeblich an einer
Genehmigung des Finanzsenators fehle. Herr von Weizsäcker
schwieg.

Eine bemerkenswerte Rollenverteilung: Der sozialliberale Se-
nat und die Koalitionsfraktionen ehren Schinkel und halten
große Linien der Geschichte lebendig. Die Union hingegen küm-
mert sich um die Haushaltsordnung. Wo bleibt da das nationale
Engagement der Union?
(-/17.3.1981/R8768)

Die neue Rechtslage nutzen

Schutz der Pflegeeltern sollte weiter verbessert werden

Von Dr. Wolfgang Schwenk MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Die Sorge der Pflegeeltern vor Wegnahme ihrer Pflegekinder - das war das hervorstechende Thema der diesjährigen Tagung des Verbandes der Pflege- und Adoptiveltern e.V.. Der spektakuläre Fall Tricoli, bei dem in Lindlar erhöht pflegebedürftige kleine italienische Zwillinge aus der Pflegestelle fortgenommen wurden, steckte den Pflegeeltern in den Knochen. Kann so etwas auch mir geschehen? Ist die stets wiederkehrende bange Frage.

Zwar hat das neue elterliche Sorgerecht mit seinem Paragraph 1632 Absatz 4 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) formell einen verbesserten Schutz des Pflegeverhältnisses gegeben. Doch was nützt das, wenn eine Richterin oder ein Richter zu einer Beurteilung dessen kommt, was Kindeswohl ist, die mehr althergebrachten Vorurteilen entspricht als zeitgemäßen Erkenntnissen über den Stellenwert seelischer Gebundenheit und Geborgenheit des Pflegekindes an seine Pflegeeltern? Deshalb erneut der Ruf nach besserer Fortbildung all derer, die in Familiensachen zu arbeiten und zu entscheiden haben, nach verbesserten Arbeitsbedingungen, um fundierte Arbeitsergebnisse sicherzustellen.

Wenn man bedenkt, welcher hoher Prozentsatz der in Strafanstalten, in Heil und Pflegeeinrichtungen Befindlichen an seelischen Störungen aus frühester Kindheit leidet, dann stimmt auch die volkswirtschaftliche Rechnung: Mehr langfristige, in ihrem Bestand geschätzte Pflegeverhältnisse, unterstützt und gefördert von Trägern der Jugendhilfe, sind billiger als Heime oder wechselnde Aufenthalte. Wichtiger als materielles Wohlergehen - so wurde wiederholt betont - ist die langdauernde seelische Zuwendung.

Woher die gewünschten Pflegefamilien nehmen? Wenn sich die Träger der Jugendhilfe bemühen, Zeit und Mühe nicht scheuen, sich um pflegebereite Familien kümmern, sie beraten und fördern, ihnen auch Zusammenkünfte und den so wichtigen Erfahrungsaustausch ermöglichen, dann seien geeignete Pflegefamilien in ausreichender Zahl zu gewinnen, sagten die Insider.



Was kann der Gesetzgeber tun? Mit dem Annahmerecht von 1977 und dem elterlichen Sorgerecht von 1980 sind der Zeit entsprechende und von der Praxis angenommene Gesetze geschaffen worden. Jetzt gilt es, die neue Rechtslage wohlverstanden zu nutzen.

Bei dem Antrag, auch ältere Kinder aus Heimen in Pflege- oder Annahmefamilien zu vermitteln, hilft das langfristige Vorbereiten unter Einbeziehung des Kindeswillens. Eine Vorbetreuung und eine Nachbetreuung der aufnehmenden und der abgebenden Eltern ist ein Angelpunkt erfolgreicher Pflegearbeit. Die Nachbetreuung der abgebenden Eltern insbesondere dann, wenn die Verbindung zu den Kindern nicht abreißen soll. Auch wenn Pflegeeltern vielfach nur Eltern auf Zeit sind - immerhin erreichen Zweidrittel der Kinder die Volljährigkeit in der Pflegefamilie - sollte ihr Schutz vor willkürlichen Eingriffen weiter verbessert werden.

Der Gesetzgeber sollte das Recht des Pflegeverhältnisses fortentwickeln und ihm für Bestand und Inhalt zukunftsweisende Rahmenbedingungen geben. Dies könnte mit-helfen, den Stellenwert der sozialen Elternschaft zu stärken.

Ein weiteres Schlaglicht hat der Fall Tricoli auf die Risiken eines Ausländerkind-Pflegeverhältnisses geworfen. Unterschiedliche internationale Rechtslage, unterschiedliche Auffassungen zum Eltern-Kind-Verhältnis können zu erheblichen Schwierigkeiten führen. Hier ist noch sorgfältigere Vorbereitung nötig zum Wohle für Kinder und Eltern. Eines jedenfalls sollte für Entscheidungen in Annahme mit Pflege-recht festgehalten werden: Elternrecht darf Kindesrecht nicht beiseiteschieben, das grundgesetzlich geschützte Recht des Kindes auf Entwicklung und Entfaltung zu einem seelisch wie körperlich gesunden Menschen. Es wäre ein Irrtum, dem aus guten Gründen gegen erlebte staatliche Willkür geschützten Elternrecht ein Übergewicht gegen Kindeswohl beizumessen.

(-/17.3.1981/hi/ca)

+

+

+



Konsensfähigkeit der Parteien

Voraussetzung für Dialog mit junger Generation

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

"In welchem Staat leben wir eigentlich?" Diese empörte Frage wird zur Zeit von vielen Bürgern unseres Landes mit durchaus unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Motivation gestellt. Die einen haben die heftig umstrittene Nürnberger Strafaktion mit den Massenverhaftungen im Visier. Die anderen erregen sich über gewalttätige Demonstranten oder Hausbesetzer. Sie alle beziehen sich zu Recht auf die verfassungsmäßig abgesicherte, Recht und Gesetz verpflichtete Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Der Glaube an und das Vertrauen in den Rechtsstaat darf weder in der einen noch in der anderen Beziehung erschüttert beziehungsweise beschädigt werden. Die Politik und die Parteien tragen hier ein hohes Maß an Verantwortung. Es hängt wesentlich von ihnen mit ab, wie in Staat und Gesellschaft auf die aktuellen Herausforderungen sicherheits- und gesellschaftspolitisch reagiert wird. Um der Sache, und das heißt konkret, um der betroffenen Menschen willen wäre es gut, wenn die demokratischen Parteien aus dem verhärteten rechts- und innenpolitischen Grabenkrieg herausfänden. Weithin werden auf diesem Feld - Ausnahmen bestätigen die Regel - die politische Szene und Atmosphäre eher durch eine Politik der in routinemäßigen Antworten erstarrten Schlagworte, der Vereinfachungen und zuweilen der Rechthaberei und Verdächtigungen geprägt als durch eine Politik des nüchtern-behutsamen Dialogs, bei dem man die Argumente der anderen Seite ernsthaft aufnimmt, prüft und differenzierend bewertet. In diesem Zustand, der einerseits reduzierten Dialog- und Konsensfähigkeit und dem andererseits gesteigerten verbalen Schlagabtausch in Fragen der Rechts- und öffentlichen Sicherheitspolitik zumeist zwischen SPD und FDP auf der einen und CDU/CSU auf der anderen Seite, ist mit ein Grund für die anhaltende Staats- und Parteienverdrossenheit in Teilen unserer Bevölkerung im allgemeinen und der jungen Generation im besonderen zu sehen.

Weil die anstehenden sicherheits- und gesellschaftspolitischen Probleme im Zusammenhang mit den Demonstrationen und Hausbesetzungen nicht durch wechselseitige Schuldzuweisungen oder sogenannte demonstrativ-aktionistisches Flaggezeigen wirklich gelöst werden können, müßte man sich zu allererst um einen offenen, ernsthaften Dialog der Parteien bemühen. Wie soll eigentlich der so viel beschworene Dialog mit der jungen Generation auf Dauer gelingen, wenn die Fähigkeit zum vernünftigen Dialog zwischen den Parteien bei uns so schlecht bestellt ist wie derzeit in wichtigen Fragen der inneren Sicherheit? Wobei man - wie gesagt - nicht weiter kommt, wenn hierbei der eine vorwurfsvoll auf den anderen deutet. Im einzelnen müßte unter anderem über folgende Fragen miteinander gesprochen und dazu die Konsensfähigkeit nachhaltig ausgelotet werden:

1. Es darf keinen Rückzug vor der Gewalt geben. Die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung, die Wahrung des Rechtsfriedens dürfen nicht gefährdet werden. Gewalt ist Widerspruch zum Recht. Ausnahmeweise und für begrenzte Zeit kann es aus übergeordneten, rechtlichen, politischen oder polizeistrategischen Gründen angemessen sein, nicht einzuschreiten. Insofern ist es im Ansatz verfehlt, pauschal von "weichen" oder "harten" Konzepten zu sprechen.



2. Im Kern kann es aber nicht nur darum gehen, daß Recht und Gesetz der Form und dem Buchstaben nach zur Geltung gebracht werden. Es muß vielmehr tiefer bei den Ursachen für die Rechts- und Gesetzesverletzungen angesetzt und auf den Abbau von Fehlentwicklungen und gesellschaftspolitischen Defiziten, zum Beispiel am Wohnungsmarkt, hingewirkt werden. Dies allein ist der Weg in einen zuverlässigen Rechtsfrieden unter Vermeidung von Eskalationen mit Gewalt und Gegen-Gewalt. Das heißt zugleich: Wer davor warnt, die Polizei zum Prügelknaben der Nation zu machen, darf nicht so tun, als ob die Lösung der akuten Probleme primär im "harten Durchgreifen" mittels massierter Polizeieinsätze liegt. Gerade ein derartiger Verzicht auf Politik würde die Polizei erst wirklich zum Prügelknaben der Nation machen.
3. Es ist legitim und notwendig, darüber nachzudenken, welche zusätzlichen Möglichkeiten es gibt, um die Verletzungsrisiken für Polizeibeamte bei Einsätzen während der Demonstrationen zu vermindern. Auch die im Vergleich zu anderen Demonstrationen glimpflicher abgelaufene letzte Brokdorf-Demonstration kann angesichts zahlreicher, zum Teil schwerer Verletzungen von Polizeibeamten keineswegs als friedlich oder harmlos bezeichnet werden. Neue Waffen, wie die von Tandier angeregten Gummigeschosse und chemischen Reizstoffe, täuschen aber letztlich nur Lösungen vor. In diesen Fragen ist zunächst die Innenminister-Konferenz gefordert.
4. Es besteht kein Zweifel: Das Demonstrations- und Versammlungsrecht kommt erneut auf den Prüfstand. Aber der beinahe routinemäßige Ruf der Opposition nach einem schärferen Gesetz täuscht dem Bürger weithin einen Sicherheitsgrad vor, den es so nicht gibt. Dennoch bleibt es selbstverständlich, daß alle Vorschläge auf ihre polizeiliche Praktikabilität und Rechtsstaatlichkeit vorurteilsfrei und gewissenhaft zu prüfen sind. Die Erfahrung lehrte bisher, daß der Ruf nach stärkeren Gesetzen von konservativen Politikern kam, die damit vor dem Bürger demonstrativ Flagge zeigen wollten. Dort, wo mehr innere Sicherheit mit erheblichen finanziellen Zusatzkosten verbunden wäre, wie zum Beispiel bei fälschungssicheren Kraftfahrzeug-Kennzeichen und Personalausweisen, sind konservativer Eifer und Engagement längst nicht so heftig.
5. Politische Strafaktionen nach Nürnberger Muster dürfen sich nicht mehr wiederholen. Pauschale Abschreckungsmittel dieser Art verletzen nicht nur das Rechtsbewußtsein. Sie sind ein Tiefschlag gegen den Rechtsstaat und führen überdies zu falschen Solidarisierungen und Eskalationen.
6. Niemand sollte ohne Not, ohne Fakten und Beweise vorschnell behaupten, die Hausbesetzer und Demonstranten seien der Kern einer neuen terroristischen Bewegung. Verantwortungsbewußte Politik muß vielmehr darin bestehen, alles zu tun, um zu verhindern, daß Bemühungen von Terroristen Erfolg haben, bei den Hausbesetzern Rückhalt zu gewinnen. Wer den Hausbesetzern voreilig und pauschal das Terroristenetikett aufklebt, leistet keinen konstruktiven Beitrag zur Lösung der Probleme, sondern erleichtert möglicherweise den Terroristen das Geschäft, in der Besetzer-szene doch noch Fuß zu fassen.
(-/17.3.1981/ks/ca)

+ + +



Vertrauen zerstört

Die Verantwortlichen für den Nürnberger Skandal sollten abtreten

Von Hermann Glaser

Schul- und Kulturreferent der Stadt Nürnberg

Als Schul- und Kulturreferent der Stadt Nürnberg, damit auch verantwortlich für das "Komm", in Kenntnis all unserer Probleme in der Jugendpolitik und in völliger Ablehnung von Gewalt jeglicher Art behaupte ich: Die Ereignisse von Nürnberg sind ein Polizei-, Justiz- und jugendpolitischer Skandal ersten Grades!

Warum ein Skandal? Trotz der Ausschreitungen, die wir verurteilen, trotz Beschädigungen und Rechtsvergehen, die ich ablehne, gab es keinen plausiblen Grund, 141 darunter viele Jugendliche und Heranwachsende, in Haft zu nehmen. Hinzu kommt, daß sehr viele von ihnen nachweislich nicht an der Demonstration teilgenommen haben. Ein Skandal ist die inhumane Behandlung der Eltern und Angehörigen, die sich um Hilfe für die Verhafteten bemühten, die tagelang nicht einmal benachrichtigt wurden. Skandalös und ungeheuerlich sind die Schwierigkeiten, die den Rechtsanwälten der Beschuldigten bei ihrer Arbeit in den Weg gelegt wurden. Skandalös ist die Verständnislosigkeit der verantwortlichen Ministerien und Behörden, die jugendpolitischen Probleme mit Staatsmacht begegnen wollen.

Ich stelle fest: Der bayerische Ministerpräsident und die bayerische Staatsregierung hatten und haben keine konstruktiven Lösungsvorschläge anzubieten. Sie sind eher drauf und dran, eine fatale Eskalation der Probleme herbeizureden.

Ich klage an: Den bayerischen Innenminister und den bayerischen Justizminister, daß sie durch maßstabslose Aktionen begonnen haben, eine rationale und offene Jugendarbeit kaputtzuschlagen. Ich klage sie an, daß sie das Vertrauen der Jugend in diesen Staaten, der mein Staat, unser Staat ist - bei allem und trotz allem ist und bleibt - ich klage sie an, daß sie dieses Vertrauen zerstören.

Ich klage an: Den Nürnberger Polizeipräsidenten, daß er diese Maßstabslosigkeit maßstabsgerecht ausführt und mit fragwürdigen Argumenten und fragwürdigem Beweismaterial abzustützen versucht.

Ich danke jedoch den einzelnen Polizisten. Sie haben einen schweren Dienst und werden von Einzelnen und Gruppen oft in skandalöser Weise beschimpft. Sie blieben aber im wesentlichen besonnen und wir bitten sie alle, es zu bleiben.

Ich bitte die Jugend: Leistet in keiner Weise chaotischen Kräften Vorschub. Gewalt-handlungen arbeiten nur der Reaktion in die Hände.

Ich beschwöre alle demokratischen Kräfte, alle Bürger: Gegen Gewalt. Für Reformen. Gegen polizeistaatliches Verhalten. Für den Rechtsstaat. Die "Süddeutsche Zeitung" kommentierte die politische Strafaktion in Nürnberg zutreffend: "Wer dies auf seine Kappe nehmen will, muß vorher sein Rechtsbewußtsein betäuben!"

Ich fordere die Verantwortlichen für diesen Polizei-, Justiz- und jugendpolitischen Skandal auf: Abtreten!
(-/17.3.1981/bgy/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Auch in Österreich wird gegenwärtig intensiv über die neue "Jugendbewegung" diskutiert. Die Jugendkommission der Wiener SPÖ veranstaltete eine spezielle Konferenz, die folgende, auszugsweise wiedergegebene Resolution verabschiedete.

Konkrete Lösungen für die Wünsche der Jugend

Nach dem Verebben der letzten "Sturmwellen" der Jugendrevolution der späten sechziger Jahre sind nunmehr stärker werdende konservative Tendenzen zu erkennen. Konservativ in dem Sinn, daß die Jugend zu Beginn der achtziger Jahre durchaus gesellschaftliche Differenzen (Klassengegensätze) sieht, diese aber zu einem sehr großen Teil kritiklos zur Kenntnis nimmt. Während der überwiegende Teil der Jugend den gesellschaftlichen Problemen teilnahmslos gegenübersteht, tritt ein kleinerer Teil aufbegehrend auf. Gerade in dieser Situation ist es besonders vordringlich, grundsätzliche sozialistische Wertvorstellungen deutlich zu machen.

Jugend und Politik

Eine Reihe empirischer Untersuchungen wie auch die Erfahrungen aller mit Jugendarbeit Beschäftigten zeigen sehr deutlich, daß in der Jugend ein erhebliches Mißtrauen in die traditionellen politischen Parteien und Institutionen besteht. Bereits mehrmals konnte eine alarmierend geringe Wahlbeteiligung der jüngsten Jahrgänge festgestellt werden.

Im wesentlichen lassen sich die Anliegen der Jugend in folgende Themenbereiche zusammenfassen:

- o Arbeitsplatzsicherung.
- o Ausbau der Mitbestimmung auf allen gesellschaftlichen Ebenen, insbesondere am Arbeitsplatz.
- o Durchsetzung der 5. Urlaubswoche für jugendliche Arbeitnehmer.
- o Schaffung von erschwinglichen Wohnungen und Besteuerung von leerstehenden.
- o Reform des Bildungswesens, Durchsetzung der Neuen Mittelschule.
- o Verstärkte Demokratisierung, Dezentralisierung und Entbürokratisierung.
- o Verstärktes Umweltbewußtsein und Förderung alternativer Lebensformen.
- o Qualitatives Wirtschaftswachstum und alternative Energiepolitik.
- o Kampf dem Neofaschismus und der Gefahr von rechts.
- o Verstärktes Engagement für die Dritte Welt.
- o Verstärktes Engagement für Friedenssicherung Abrüstung - gegen Waffenproduktion und Waffenhandel.



Partei und sozialistische Jugendorganisationen

Da die Partei in erster Linie Gesamtinteressen vertreten muß, während die sozialistischen Jugendorganisationen im Rahmen ihrer Funktion speziell die Interessen der Jugend zu vertreten haben, waren und sind unterschiedliche Auffassungen über die politische Strategie und Taktik durchaus möglich.

Als Voraussetzung für eine erfolgreiche sozialistische Jugendarbeit sind anzuführen:

- o Freiraum und Aufgaben in Eigenverantwortlichkeit für die sozialistischen Jugendorganisationen, also Autonomie.
- o Umsetzung sozialistischer Wertvorstellungen in der Kinder- und Jugendarbeit, wobei vor allem auch die Eltern einbezogen werden sollen.
- o Verstärkte Einbeziehung von Jugendvertretern in Partei und Gesellschaft.

Kurzfristige Anliegen

Die Wiener Konferenz beauftragt den Wiener Vorstand, alle Veranlassungen zu treffen, um folgende Anliegen der Wiener Jugend einer positiven Lösung zuzuführen:

- o Weitere Sicherung der Ausbildungs- und Arbeitsplätze für die Jugend.
- o Verwirklichung der Startwohnungen für junge Menschen.
- o Verstärkte Förderung der Jugendzentren.
- o Verstärkte Förderung der Jugendorganisationen und ihrer Einrichtungen.
- o Weitere Unterstützung von Initiativen in Selbstverwaltung und im alternativen Bereich.
- o Sicherung der Arena, Schaffung eines Rock-Hauses in Simmering. Schaffung eines selbstverwalteten Jugend-, Kultur- und Kommunikationszentrums in der Gassergasse und Schaffung der WUK-Initiative (Werkstätte und Kultur) im ehemaligen TGM.

(-/17.3.1981/vö-he/ca)

+

+

+

Verantwortlich: Willi Carl



Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heusaallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 35/39
Telex: 05 86 846 pbbn d



Inhalt

Marlies Kutsch, Leiterin des Arbeitsstabes Frauenpolitik, zieht Bilanz aus ihrer Arbeit: Die begonnenen Ansätze versprechen Erfolg.

Seite 1/2

Gerhard Schröder MdB fordert, demonstrierende Jugendliche und Hausbesetzer nicht in die Legalität zurückzuknüppeln: Am Anfang muß der erkennbare Wille zur Reform stehen.

Seite 4/5

Paul Neumann MdB würdigt die Aussagen des Bundesverteidigungsministers vor dem Ausschuß: Die Bundeswehr braucht keinen Vergleich zu scheuen.

Seite 6/7

Hans Urbaniak MdB kommentiert die Unions-Strategie zur Montanmitbestimmung: Blüm setzt Verwirrspiel fort.

Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 26) 8 12-1

36. Jahrgang / 53

18. März 1981

Bilanz und Ausblick

Die begonnenen Ansätze versprechen Erfolg

Von Marlies Kutsch

Leiterin des Arbeitsstabes Frauenpolitik im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Wenn sich eine Arbeit ihrem Ende nähert, ist es guter Brauch, Bilanz zu ziehen. Dies will ich auch anlässlich meines Ausscheidens aus dem Arbeitsstab Frauenpolitik tun. Als ich die Leitung vor zwei Jahren übernahm, war der Arbeitsstab gerade geschaffen worden, mit dem Auftrag den Belangen der Frauen in der Regierungsarbeit mehr Gewicht zu verleihen. Der Arbeitsstab Frauenpolitik hat sich dementsprechend vor allem auf die Regierungsarbeit konzentriert, das heißt er hat alle Vorhaben der Bundesregierung auf ihre Auswirkungen auf Frauen geprüft, hat Anregungen und Vorschläge unterbreitet, wie die Situation von Frauen verbessert werden kann und hat anhand von Modellvorhaben Lösungsmöglichkeiten für besonders drängende Probleme aufgezeigt. Der Arbeitsstab Frauenpolitik hat zunächst die Probleme aufgegriffen, die ihm am dringlichsten schienen.

Bisher gab es für Frauen, die aus familiären Gründen ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen hatten, kaum Möglichkeiten, sich mit den Anforderungen des Berufslebens wieder vertraut zu machen, sich über den Arbeitsmarkt und Beschäftigungsmöglichkeiten zu orientieren und ihre beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten wieder aufzufrischen. Der Arbeitsstab Frauenpolitik hat in Modellen in Düsseldorf, Rheine und Frankfurt Wege aufgezeigt, wie Frauen die Wiedereingliederung in den Beruf erleichtert werden kann.

Um die Chancen von Frauen im Beruf generell zu verbessern, habe ich mit einer Reihe von Firmen Gespräche über die Einführung von Frauenförderungsplänen auf freiwilliger Basis geführt. Dabei geht es in erster Linie darum, Frauen gezielt für solche Positionen zu fördern, die ihnen normalerweise nicht übertragen werden. Die Einführung solcher Frauenförderungspläne sieht in jedem Unternehmen anders aus. In einigen Unternehmen muß zum Teil durch gezielte Fortbildung von Frauen überhaupt erst die qualifikationsmäßige Voraussetzung für eine weitere Förderung von Frauen geschaffen werden. In anderen Firmen wieder muß festgelegt werden, zu welchem Prozentsatz innerhalb welchen Zeitraums welche Position mit Frauen zu besetzen sind. Ich bin sicher, daß von solcher erfolgreich durchgeführten Frauenförderung eine erhebliche Signalwirkung ausgehen wird.

Verwendeter Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

